

15. März 2017

**Postulat**

der Fraktionen SP, FDP, Grüne, GLP, CVP

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Richtlinie über die Public Corporate Governance zu schaffen. Diese soll einheitliche Kriterien und Vorgaben für die folgenden Bereiche beinhalten:

- für die Realisierung und die Steuerung von Beteiligungen der Stadt Zürich und für die Aufsicht darüber, insbesondere die Ausgestaltung der Oberaufsicht des Gemeinderats,
- für die ausgelagerte Erfüllung öffentlicher Aufgaben sowie
- für die einheitliche, geregelte und transparente Steuerung von Beteiligungen und verselbständigten Einheiten der Stadt.

Die Richtlinie soll insbesondere auch Aussagen zur Art der oben genannten Aufgaben, zur Compliance, zum internen Kontrollsystem, zum Risikomanagement, zu den Rollen von Stadtrat und Gemeinderat und zur Aufsicht enthalten.

**Begründung:**

Bisher liegen in der Stadt Zürich kein allgemein gültiges Modell zur Public Corporate Governance und keine einheitlichen Kriterien für ausgelagerte städtische Aufgaben vor, so wie es zum Beispiel der Kanton Zürich und zahlreiche andere Gemeinwesen haben. Solche Richtlinien tun in der Stadt jedoch Not. Dies hat sich in der Vergangenheit wiederholt gezeigt, wenn die Stadt Zürich Aufgaben ausgelagert oder sich an andern Körperschaften beteiligt hat. Beteiligungen können sich dabei beziehen auf verselbständigte Organisationen und Unternehmen des öffentlichen oder privaten Rechts im vollständigen oder teilweisen Eigentum der Stadt Zürich, die öffentliche Aufgaben erfüllen oder Vorleistungen dazu erbringen. Um immer wiederkehrende Debatten zu solchen Geschäften zu vereinfachen und insbesondere die Rolle der Exekutive und des Parlaments zu klären, wäre eine Richtlinie Public Corporate Governance von hohem Nutzen.



Karin Pyras

M. Adami

